

Ersteinstägig
nachmittags mit Ausnahme
der Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50 M.
pro Jahr frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bestellbar, kostet
monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 30 Pf.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Sölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle.

Wotto: Für Wahrheit und Recht.

Insertionsgebühr
betragt für die 6 gepaltene
Beitragseite oder deren Raum
15 Pf. für Wohnungs-,
Bereitschafts- und Berichtigungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 6885.

Nr. 209

Halle a. S., Mittwoch den 7. September 1892.

3. Jahrg.

Parteigenossen!

Die letzte öffentliche Volksversammlung im „Concordia-Saal“ hat in der Frage des Bierboikotts nach langer Diskussion die alte energische Stellung beibehalten. Zwar nur jeder Gewisse seine Pflicht umwachen, als durch einen so größeren Druck von unserer Seite die Lage des Boikotts verstärkt werden und wir zu einem ausschlaggebenden Siege gelangen.

Zur Lage der Post-Unterbeamten.

Im Reiche des Herrn Stephan geht bekanntlich die Sonne der Wohlgefühligkeit für die Unterbeamten nicht auf; sie sind nicht nur durch ihre Abhängigkeit oft noch schlimmer daran, wie der in privatsocialistischen Diensten beschäftigte Arbeiter, sondern auch durch die Unsicherheit ihrer Stellung und deren unzureichende Bezahlung in trauriger Lage. Der „Bourgeois“ erhält von einem Post-Unterbeamten folgende Auskunft: „Der dem Postdienst fernstehende sieht, falls er ein scharfer Beobachter, in dem „Briefträger“, wie der Post-Unterbeamte gewöhnlich genannt wird, nur die Reizseite der postfälligen Weibchen, aber die große Masse urteilt immer noch anders. In ihren Augen geht es dem Unterbeamten noch ganz passabel, denn — er hat ja eine „feste Anstellung“. Nichts verächtlicher als das.

Schon beim Eintritt in den Postdienst als Posthilfsbote wird der Beamte von dieser „festen“ Anstellung gezeugt. Während die Postbehörde sich ausdrücklich das Recht vorbehält, ihren Kaut jederzeit ohne jegliche Kündigung aus dem Postamt werfen zu können, ist der Posthilfsbote verpflichtet, seine Entlassung bei der Ober-Postdirektion nachzusuchen. Letztere bestimmt den Zeitpunkt des Ausscheidens nach Maßgabe der Anforderungen des Dienstes.“ Unschlüssig flücht denn auch — ohne jede vorangegangene Kündigung — alljährlich eine Anzahl Posthilfsboten aus dem Postamt, je nach den Schwankungen des Verkehrs. Auch die nach etwa acht bis zehn-jähriger Dienstzeit eintretende etatsmäßige Anstellung, die den Posthilfsboten auf vierwöchige Kündigung setzt, ändert an diesem Verhältnis so gut wie gar nichts; erst die unklübbare Anstellung bringt den Unterbeamten auf eine sichere Basis. Aber die Behörde schiebt in „wohlwollender“ Absicht diesen Zeitpunkt so weit hinaus, daß die unklübbare Ernennung fast mit der Pensionierung zusammenfällt: sie kann eintreten . . . nach einer Gesamtdienstzeit von 30 Jahren.“ Wohlgerückt, sie kann eintreten, ein Zwang der Wornahme dieser Anstellung besteht für die Behörde überhaupt nicht. Dreißig Jahre aber lebt und schwört der Unterbeamte zwischen Furcht und Hoffen; 30 Jahre ist er dem „Wohlwollen“ seiner Vorgesetzten völlig preisgegeben. Erst im Alter von etwa 50 Jahren, mit einem Fröh in der Tasche, sichert ihn das Reichsbeamten-Gesetz gegen bedrückende Maßnahmen seiner Behörde.

Aber je weiter nach unten, desto größer die ständige Abhängigkeit. Das ist ein alter Erfahrungssatz, der sich auch hier bewährt. Ausgeschlossen von allen Annehmlichkeiten und Genüssen, die das Leben bietet, Tag für Tag in harter Ar-

beit dahinvegetierend, wird der Unterbeamte durch die trocken über seinem Haupte schwebende Kündigung zum willenlosen Werkzeug in der Hand seiner Vorgesetzten. In dieser dreißig-jährigen Periode des Duzens soll und muß er gegen jede freie Regung abgestumpft werden, und daß dieses vollständig geschieht, dafür sorgen die Unterstützungs- und sonstigen Fonds und der Dienst.

Die Postbehörde gehört zwar zu denjenigen, die „dem Volke die Religion erhalten wollen“, aber von dem Bibel-sprüche „Sechs Tage sollst Du arbeiten“, will sie nichts wissen; sie rechnet die Woche zu sieben Arbeitstagen. 11 bis 14 Arbeitsstunden täglich (die Woche zu sechs Arbeitstagen gerechnet) sind gab und gab. Aber trotz dieser Arbeitsleistung, trotzdem den Unterbeamten die angefrengteste und schwerste Beschäftigung zugewiesen ist, trotz der Tatsache, daß viele der intelligenten Unterbeamten heute schon in Stellen beschäftigt werden, die bestimmungsgemäß den Beamten im engeren Sinne vorbehalten sind (Brief-Postamt Berlin), ja daß sie sogar zur Fortführung der Dienstgeschäfte der aus Erholungsurlaub gehenden Beamten verwendet werden, was doch sicherlich Zeichen ihrer Intelligenz sind, trotz alledem ist die gesamte Unterbeamtenklasse, die 66 Proz. des Postpersonals umfaßt, vom dem Bewußtsein eines Erholungs-urkaufs, der dem jüngsten Postkrieger schon nach 5-jähriger Dienstzeit gewährt wird, vollständig ausgeschlossen. Zwar — der Londoner Straßenschlicht hat die Arbeitszeit seiner Angestellten auf 54 Stunden pro Woche (9 Stunden täglich) herabgesetzt, und er gewährt schließlich den ihm be-schäftigten Arbeitern in jedem Jahre eine Woche Urlaub bei vollem Lohn, — aber das ist England; wir leben dafür auch in Vorde der Gottesfurcht und frommen Sitte . . .

Wir sagten, auch die Unterstützungs- und sonstigen Fonds helfen die Abhängigkeit und Unterwürfigkeit vergrößern. Ein Beispiel möge dies erläutern: Z. Postkassierer in Berlin, 17 Jahre im Postdienst, erhält 1240 M. Gehalt inkl. Wohnungsgeldzuschuß. Er steht im Alter von ca. 40 Jahren. Nach postalischem Muster die Woche zu 7 Arbeitstagen und den Tag zu 11 Arbeitsstunden berechnet, kommt dies einem Stundenlohn von 31 Pf. gleich. Die Behörde weiß, daß mit diesem Einkommen eine Familie nicht bestehen kann, und daß der Unterbeamte, am Leben zu können, zum Nebenverdienst greifen muß. Aber um die Unzufriedenheit zu bannen, um den Untergebenen stets an der Kette zu behalten, hält sie ihm das Budgetrecht der „Unterstützung“ hin. Wie gering das auch ist, was „unten“ hängen bleibt, — bei den Stellen-zulagen ganz: 5 M. pro Kopf und Jahr — so ist dies doch die moralische Keule, die den Unterbeamten zum stillschweigen den Tragen seiner jammervollen Lage zwingt. Aufhebung j-dweder Fonds, dafür aber eine Verabfolgung, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, das Maß unserer Lösung sein.

Es ist hiernach nur zu leicht erklärlich, daß über die elen-den Wohnungsverhältnisse der Unterbeamten so wenig in die Öffentlichkeit dringt. Der Unterbeamte wird z. B. in Berlin ein jährlicher Wohnungsgeldzuschuß von 240 M. ge-währt (bei dem vorerwähnten Gehalte von 1240 M.

enthalten ist). Daß dieser Betrag noch nicht mal die Miete für Stube und Küche deckt, weiß in Berlin jedes Kind, nur die Postbehörde will es nicht wissen. Die Unterbeamten müssen demnach auch stets von ihrem Gehalte zur Miete za-gen, aber sie müssen das thun auf Kosten ihrer und ihrer Familie Ernährung. Diejenigen, die es nicht verstehen, den Hungerriemen noch enger zu schmalen, als es das lo fährliche Gehalt ohnehin schon gebietet, leben in Nüchternheit, die allen janitären Anforderungen Hohn sprechen. Hierfür einige Beispiele aus Berlin:

1. Postkassierer G., Vater von 7 Kindern, hat mit seiner Familie, also 9 Personen, eine Wohnung inne, die in der Straße auf dem Hofe im Keller nur aus Stube und Küche besteht; 2. Postkassierer B., Vater von 5 Kindern, wohnt mit seiner Familie, also 7 Köpfe, in der Straße 4 Treppen, ebenfalls in Stube und Küche.

So aber, und nicht besser liegen die Verhältnisse auch in der Provinz, nicht allein bei den Postunterbeamten, sondern bei dem gesamten Unterbeamtenstande. Als und so offenbart eine Behörde, wie z. B. die Staatsfinanzverwaltung, ihr „Befahren, dem . . . bestehenden Mangel an billigen und gelunden Wohnungen . . . für die unteren Beamten . . . nach Möglichkeit abzuhefen“ — aber, o weh, nur „soweit es die Lage der Staatsfinanzen gestattet“. Das heißt mit anderen Worten: Es bleibt alles beim Alten. Kein Wort wird laut über die auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1873 alle 10 Jahre vorzunehmende, also im nächsten Jahre bevor-stehende Revision der Wohnungsgeldbeiträge; kein Wort darüber, daß diese Revision eine Erhöhung der bisher gültigen, viel zu gering bemessenen Sätze bringen wird. Ohne Rücksicht, möglichst im Dunkeln soll dieser Zeitpunkt vorbeischießen, damit „die Lage der Staatsfinanzen“ ungeschädigt bleibt. Inwiefern aber derartige Verhältnisse der Gaudenverbreitung Vorkaufen leisten und die Degenerierung solcher Beamten-schichten herbeiführen, inwiefern Moral und Sitte durch solche Zustände zu grunde gehen, darum kümmert sich eine Welt-schmerz nicht, die nach dem Grundsatze handelt: Nach uns die Sintflut!

Es bedarf keiner großen Einsicht, um zu erkennen, daß die Verbesserung der Lage der Postunterbeamten abhängig ist von dem Fortschreiten der Arbeiterbewegung, daß die Emanzipation der arbeitenden Klasse zugleich auch die Befreiung der ge-samten Unterbeamten aus elenden Verhältnissen bedeutet. Dieser Einsicht werden sich die Unterbeamten sicherlich nicht verschließen.“

Politische Rundschau.

Is ein Soldat als ein versicherungspflichtiger Ar-beiter zu betrachten? Im hannoverschen „Volkswille“ lesen wir:

In welchem Verhältnis steht ein Soldat zur Kranken- und Unfallversicherung? Ist er ein versicherungspflichtiger Arbeiter im Sinne des Gesetzes oder nicht?

Fassen wir zunächst ins Auge, wie die vorübergehende gewerbliche Beschäftigung des Soldaten bei Privatunternehmern bewirkt wird. Es ist irrig, anzunehmen, daß die Soldaten zu dieser Beschäftigung in aller Form kommandiert werden. Die vorgelegte Militär-

und verbriefener Mensch, suchte die extremen Kräfte dadurch zu gewinnen, daß er ihnen die Wunder des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts plausibel machen wollte und dafür von denjenigen Sorte Publikum Bewußt zugewandt erhielt, für die er seine Auseinandersetzungen, welche noch außerdem von Unwissenheit und überlebenden Theorien strotzen, berechnete hatte.

Umsonst ergriß Dr. Kassowits in Orange seines elden Fernens das Wort, um mit eindringlichen Worten den Leuten das Bodenlos solcher Reden und die Schädlichkeit solcher überspannter Befreibungen vorzuführen; der wohlverdiente Beifallsruf seitens der wohlgeleiteten Bürger wurde überhört von den Männern der rohen Menge, die sich nicht einmal dem Beschlusse betrefis Schließens der Debatte fügen wollte und dem Beschlusse der Majorität zum Trotz die Fortsetzung der Debatte erzwang.

Die traurigste Erfahrung an diesem verhängnisvollen Abende aber war es, daß selbst ein Mann, den man sonst den gebildeten Klassen zugehört pflegt, ein Mann, der sogar akademische Bildung genossen haben soll, wir meinen den Littvaten Lange, der sich gern „Doktor“ titulieren läßt, sich einen Amaliumanten anmaßte, sondern sie gar noch zu über-bieten trachtete. Unfähigkeit, auf einem anderen Gebiete etwas zu leisten, und unbefriedigter Ehrgeiz allein können solche Erfolge erklären. Wir möchten diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne den jungen Mann wohlmeinend zu warnen, lieber eine bescheidene Stellung, wie sie seine Fähigkeiten ihm gestatten, zu suchen, als den traurigen Ruhm eines Herofrauts; wir möchten ihn ganz besonders an den Spruch mahnen:

Nur wer den Willen seiner Zeit genug gethan,
Der hat gelebt für alle Zeiten.

Für diesmal erntete Herr Lange nur den Ruhm, die Fortsetzung weiterer Debatten unmöglich gemacht zu haben;

60]

Am Wechsel der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in drei Akten

von H. Otto Wallker.

(In neuer vom Verleger bewirkter Bearbeitung.)

(Nachdruck verboten.)

Es war ein ergreifender Augenblick. — seit zwei Jahren hatte dieser unermüdbare Streiter für Wahrheit und Freiheit keinen solchen Ekstasiposten angenommen, und unbeschreiblich war der Entzusatmus der Versammlung, als dieser bewährte Führer, dieser wahre Volkstönig sich zeigte und mit einigen schlichten Dankesworten die Wahl annahm. Den Weigen der Debatte eröffnete Herr Dr. Benjamin, der Adaldis der liberalen Partei; er warf sich mit Ungemach auf einige Punkte, die, seiner Ansicht nach, zum Schaden der Freiheit und des Fortschritts im Programm des Reichstagesleiters der letzten Versammlung veroffen worden, und betonte namentlich als unzulässige, immer im Auge zu behaltende Re-formen: die freie Stellung der Gemeinden innerhalb des Staates, Erweiterung des Wahlgebietes, freiere Bestimmungen im Preis- und Vereinsgesetz. Es bedarf wohl keiner besonderen Er-wähnung, daß dieser warm empfundenen, patriotischen und schwebendsten Rede eine nicht empfindlicher Beifallssturm zu teil wurde.

Nur einem lo außerordentlich bereiten, herzenbestechenden Dithyramb, wie Herr Dr. Luz, konnte es gelingen, das Publikum überzeugend zu beschwichtigen, daß nicht ein Mangel an Pflichterfüller und Freiheitsdrang, sondern einfach die einleuchtendsten praktischen Nützlichkeitgründe für diesmal die liberale Partei hätten veranlassen können, ihr Programm in etwas knapperer Fassung zu verhandeln.

Natürlich erhob sich beim Schluß der Rede dieses all-belebten Volkstredners der Beifallssturm in noch lebendigerer

Weise. Derselbe galt jedoch, wenn wir recht geföhlt, weniger den bereiten Worten, als vielmehr wesentlich den Gesinnungen des Redners. Es waren einige Sätze aus dem Leben der alten Römer, welche aus der Handlungsweise dieser Männer hervortraten; mußte man bei Dr. Benjamin den Freimut anerkennen, mit dem er aus Begeisterung für Freiheit und Fortschritt kein Bedenken trug, auch die alten Freunde und Kampfgenossen öffentlich an ihre Pflicht zu erinnern, so konnte man nicht umhin, die Hartheit des Herrn Dr. Luz zu be-wundern, mit welcher er den zeitweiligen Gegner zu gleicher Zeit überlegte und verhöhrte!

Seiner sollte der Abend in dieser würdigen Weise nicht schließen, denn eine Note von Stambulacern aus den niedrigsten Schichten der Bevölkerung, vom Brammwein erhöt und ermutigt, und aller Wahrscheinlichkeit nach von der Reaktion zu ihrem ruchlosen Treiben angeleitet, gefiel sich darin, mit allerlei Unfug und Zumut die Rede zu stören. Willkommene Gelegenheit hierzu bot ein auf Dr. Luz folgen-der Redner, ein wenig oder garnicht bekanntes, substanzloses Subjekt, Namens Franz, der nicht nur mit unerhörter Frech-heit gegen einige der würdigen und verdienstvollsten Männer unserer Stadt seine gemeinen Angriffe richtete, sondern den Pythiasmus, die grenzenlose Schamlosigkeit lo weit trieb, daß er die teuersten Wünsche der Deutschen, unsere nationale Einigung, die Weiterentwicklung unserer Marine, die Frei-zügigkeit, ja sogar die Freiheilheit mit doppelhaften Wigen behandelte. Die Versammlung war förmlich erstarrt an solchen unerhörten Mißbrauchs der Redefreiheit, und diese Betroffenheit bewog jene Note, um in ein unbedingtes Triumphgeheul auszubrechen, welches wie Indiangegeheul in den Ohren jüdischerer Menschen tönte.

Seiner sollte dieses Beispiel nicht ohne Nachfolger bleiben. Der Buchdruckerbesitzer Warth, ein in Folge gerüttelter Familien- und Vermögensverhältnisse heruntergekommenen, zerrissener

bede wdh die Form der Beurlaubung für diejenigen Soldaten, welche ihre eigenen Bedürfnisse folgend, sich zu der betreffenden Beurlaubung bereit erklären. Diese Form scheint allerdings nicht aus, daß der Soldat einem indirekten Zwange Folge gibt, er wird sich wohl oder übel der Aufforderung seiner Vorgesetzten, beim Unternehmern zu arbeiten, fügen müssen. Jedemfalls ist fest, daß keine Beurlaubung zu dem ganz bestimmten Zwecke erfolgt, die Pflicht seiner vorgelegten Bediensteten, den Unternehmern durch Ausübung von Arbeitsträften Unterstützung zu gewähren, auszuführen.

Der Soldat tritt nicht in ein reguliertes Arbeitsverhältnis, für welches die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend sind. Nicht er selbst, sondern sein Vorgesetzter hat aber die Dauer bestimmen zu können; der Vorgesetzte kann dieses Verhältnis jederzeit kündigen. Die von dem Soldaten eingegangenen Verbindlichkeiten im ansehnlichen Arbeitsverhältnisse sind nicht ein „Arbeitsvertrag“ im Sinne des Gesetzes zu erachten; weder er dem Unternehmern gegenüber, noch dieser dem Soldaten gegenüber kann Annullation eine Kündigungseigenschaft beanspruchen. Ist auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Soldat den Unternehmern wegen Unvollständigkeit gewisser angesehener Verpflichtungen gerichtlich belangt kann, so hat doch andererseits der Unternehmern gar keine Möglichkeit, etwaige Forderungen, betr. das Arbeitsverhältnis, gegen den Soldaten vor einem Zivilgericht geltend zu machen. Zu beachten ist auch, daß der Soldat während seiner gewöhnlichen Tätigkeit beim Unternehmern im eigentlichen Sinne ein Arbeiter ist; er erhält eine Löhnezahlung während der Zeit und bleibt für strafbare Handlungen den Bestimmungen des Militärstrafgesetzes und dem Militärgericht, sowie der Disziplinarstrafgesetze seiner Vorgesetzten unterworfen.

Auf den Soldaten findet also die Gewerbeordnung keine Anwendung, indem die Bestimmungen eines freien, freiwilligen Arbeiterverhältnisses in Frage kommen, und nicht die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes und des Militärgerichts, sowie der Disziplinarstrafgesetze seiner Vorgesetzten unterworfen.

Auf den Soldaten findet also die Gewerbeordnung keine Anwendung, indem die Bestimmungen eines freien, freiwilligen Arbeiterverhältnisses in Frage kommen, und nicht die Bestimmungen des Militärstrafgesetzes und des Militärgerichts, sowie der Disziplinarstrafgesetze seiner Vorgesetzten unterworfen.

Es ist hier also eine besondere Arbeiterkategorie geschaffen, die von der Unfallgesetzgebung ausgeschlossen ist. Es ist daher Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten, bei passender Gelegenheit diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen und zu beantragen, daß den Militärbehörden durch Reichsgesetz verboten werde, einem Privatunternehmer Soldaten zu gewerblichen Arbeiten zu überstellen.

Der Arbeiter hat das größte Interesse daran, denn die betreffenden Soldaten gehören ja dem Arbeiterhande an. Aber auch die Arbeiterpresse hat die unabweisbare Pflicht, die Sache zur öffentlichen Diskussion in den beteiligten Arbeiterkreisen zu bringen, umso mehr, als die Anzeigen- und Korrespondenz sich jeder sich vorstellenden Gelegenheit, mit aller Energie dafür einzusetzen, daß der Militärstand mit Arbeitsträften dem Unternehmertum tüchtig zur Seite stehe.

Ein heilsamer Schreck fährt durch die schlaffen Glieder der herrschenden Gesellschaftsklasse und macht sie schlötter. Dem alternden Europa ist vom Norden und Osten die Kunde genügt, deren Weg mit Leiden besetzt ist. Bei den Armen und Elenden nistet sie sich mit Vorliebe ein und aus ihren Reihen holt sie gewöhnlich ihre ersten Opfer. Aber ihrem verderblichen wangeren Haupte entgegen auch die Reichen nicht; ja, die Gefahr für die letzteren wird um so größer, je größer das Terrain ist, das Hunger und Not für die Todeskerte vorbereitet und je mehr die Widerstandskraft der „unteren“ Volksschichten durch Entbehrungen und Elend geschwächt wird. In Momente, da die Bourgeoisie in ihren Palästen auf die ihr von den Wasserquartieren drohende Gefahr aufmerksam wird, wird sie human und ruft nach Hilfe und Schutz für sich.

Als ob verglichen nie vorhanden gewesen wäre, emblett plötzlich auch die Wiener Schandpresse ein Wohnungsmoder dies sein letzter Lorbeer, auf solchem Gebiete gepflegt, sein.

„Eine fatale Geschichte das,“ murmelte Professor Birnenmann, indem er halb auf obigen Bericht, halb auf die vor ihm liegende Erklärung der Viererband blickte; „Dr. Weißer hat den Bericht gar zu hübsch gefaltet, aber er ist sonst gut, sehr gut; von einer Kühnheit, die wirklich zu bewundern.“

elend, das jeder Beschreibung spottet. Die Höhlen von Gernals, Erbberg, Fandoriten z. halten den Vergleichen mit den berühmtesten Londoner „slums“ so gut aus, daß man mehrer Zweifel an dem großstädtlichen Charakter der Reichshaupt- und Residenzstadt an der schonen blauen Donau schwinden muß.

Natürlich kann das massenlosste Zusammenwohnen von Menschen vom Standpunkte der hygienischen Wissenschaft, die da für jede Schlafstelle ein Minimum von 10 Kubikmetern Raumraum fordert, nicht gebuldet werden. Man sieht daher Himmel und Hölle, vor allem aber die irbische Vorsehung — Folge genannt — in Bewegung, um den armen Höhlenbewohnern gesunde Wohnungen zu verschaffen und sie mit kräftiger Nahrung zu versehen. — Nein, um sie zu delogieren und so ihr Elend durch Obdachlosigkeit zu steigern.

Ausweisen, Schuß und Delogieren, das sind die Machtmittel des Klassenhaates wider die Vordrängnis der Sozialdemokratie wie der Cholera; darin besteht die ganze Kunst.

Ein Schelm, der wegr geht, als er hat. — Die drohende Choleraepidemie hat nicht bloß die Geheimnisse des Wiener Wohnungslebens, sondern auch die Geschäftspraktiken der Bittkandidaten als Licht gebracht. Die Preisenspiegel der selben übersteigt alle Vorstellungen; leider bietet die gegenwärtige Gesetzgebung nicht die Mittel, die Attentäter auf das Leben der arbeitenden Bevölkerung zu bestrafen, wie sie es verdienen. Denn natürlich ist es in erster Linie wieder die arbeitende Bevölkerung, welche unter der Unwissenlosigkeit betrügerischer Lebensmittelferanten zu leiden hat.

Die Cholera ist eigentlich — man verzeihe dieses paradoxe Wort — eine gefundene Krankheit; so bringt den Staatswesen wieder einmal die Pflanzsache ins Schwanken die Gedächtnis, daß der erste und letzte, der wichtigste und größte Zweck des Staates die körperliche und geistige Wohlfahrt der Menschheit ist.

Die Wiener A. G. Arbeiterkassenkasse hat von der Bezirksverwaltung in Baden folgende Zuschrift erhalten: „Aus Anlaß der drohenden Choleraepidemie wird die geehrte Kassenkasse eingeladen, dem Gesundheitszustande ihrer Mitglieder erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und die Kassenärzte und die Krankenkontrollanten anzuweisen, sanitäre Uebelstände in Arbeiterwohnungen zur Abstellung unmittelbar anher zur Anzeige zu bringen.“

Ich erwarte eifrige Mitarbeit der Kassenkassen in Hinsicht auf die Klärung des Bezirkes, die ja wesentlich auch im Interesse der Kassenkassen gelegen ist.“

Ja, freilich! Aber erst müßte die Cholera kommen.

Soldatenleben, das heißt lustig sein! Aus Merzbergs Bericht die „Hall. Btg.“ vom 4. Septbr.: „Gestern hatte ein Junge des Thür. Infanterie-Regiments Nr. 14 beim Brigade-Exerzieren das Unglück, von seinem Hinterramm mit der Lanze schwer verletzt zu werden. Das Regiment gabelte in Flügel und hatte die Lanzen auf der Erde. Bei sehr starkem Staube bemerkte der Hinterramm des Gefechtes nicht, daß von einer plötzlichen Verjüngung eintrat und stand er in die rechte Seite seinem Vordermann so unglücklich, daß die Lunge verlegt wurde.“

Von der „gut gesimten“ „Hall. Btg.“ dürfen wir wohl voraussetzen, daß die Korrespondenten derselben nur Tatsachen berichten, also auch die vorstehende Mitteilung auf Wahrheit beruht. Eines Kommentars bedarf dieselbe nicht. Derselbe lautet kurz: Krieg im Frieden!

Sozialdemokratische Agitatoren — Vagabunden. Wegen Verleumdung des Parteigenossen Kessel in Graz hat sich der Direktor der Graz-Böcklerer Bahn- und Bergbau-Gesellschaft, ein Herr Kögler, vor dem Grazer Landgericht als Verurteilungsschlichter verantwortet. Der Prozeß basiert aus dem letzten Bergarbeiterstreik. Die Bergarbeiter verlangte eine Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmung wollte nach dem Aussprüche eines Vertreters des Direktors in jenem Prozesse die verkürzte Arbeitszeit gewähren, nicht aber eine Lohnerhöhung, weil diese nicht im Interesse der Unternehmung liege. Deshalb wandte der Direktor Kögler nicht gerade die saubertesten Mittel an, um die Arbeiter am Weiterstreiken zu verhindern. Momentlich galt sein Wort:

geben den von auswärts herbeigezogenen und im Interesse der Streikenden tätigen Wehrern. Die Hauptwaaffe gegen diese Vertrauensleute der Bergarbeiter war der bei den Herren Ausbeutern und gab Vortritt, daß die Militärenten von den Großan der Arbeiter leben. Wörtlich verteidigte der erwähnte Vertreter des Direktor Kögler diesen in der Verhandlung vor dem Grazer Landgericht mit den Worten: „Kögler müßte es den Arbeitern sagen, daß sich diese Leute von den blutigen Kreuzen (warum blutig?) der Arbeiter ernähren. Er handelte aus einem sittlich achtenswerten Momente, als er die Bergarbeiter vom Weiterstreiken abhalten wollte.“ In Beziehung auf den belästigten Kessel sagte dieser Diener des Kapitals: „Kessel hat wiederholt Reisen unternommen nach Triest, Böhlaß, Boitsberg, auch Innsbruck und Böhmen, um die Arbeiter aufzujagen; er nenne ein solches herumziehen Vagabundage, da ja Kessel nichts befeht, um die Kosten für diese Reisen selbst zu bezahlen.“ — Ist das nicht eine köstliche Logik?

Wiel eine Vornahme nicht im Interesse der Unternehmern liegt, wollen dieselben keine hergeben, und da die Sozialisten die Leute aufgehen, eine Vornahme zu erringen, handelte Direktor Kögler aus einem sittlich achtenswerten Momente, als er die Sozialisten verächtliche und beschimpfte. Da aber diese Leute, die Sozialisten, auch noch dazu Reizen unternommen, ohne ein Verbrechen zu begehen, wovon sie die Kosten bezahlen bestreiten, sind sie Vagabunden. Wäre es nicht angeht, eine Bibel mit der Religion des Kapitalismus herauszugeben und diese Ansprüche darin als wichtige Grundzüge zu verewigen? Sie reimen sich wunderbar!

Der Hunger treibt zu Revolten. Unterm 5. Sept. wird aus Lissa berichtet: Gestern haben von dem Arbeitsministerium größere Kundgebungen Arbeiterlofer stattgefunden. Nachdem der Minister einer Deputation derselben geantwortet, daß er die Lage derselben nicht ändern könne, führten die Demonstranten das Ministerium. Die Polizei stellte mit großer Mühe die Ordnung wieder her und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die Klageverhafteten baten, das Schicksal ihrer Kameraden teilen zu dürfen, da sie ihnen dann wenigstens der Lebensunterhalt gelte. t sei.

Galle i. Westf., 5. Sept. Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 1. d. Mts. im 2. Wahlkreise des Regierungsbezirks Minden (Herford-Halle) stattgetreten Reichstags-Wahl wurden 14487 Stimmen abgegeben. Daraus erhielt von Hammerstein (unf.) 7630 Stimmen, Delius (natl.-lib.) 3160 Stimmen, Busstift (deutschf.) 1884 und Juwener (soj.) 1795 Stimmen; 28 Stimmen zerstückelt. Der zuerst Genannte ist somit gewählt.

— Genosse G. e. w. e. h. t., Redakteur der Eisenbahn „Freien Presse“, wurde wegen Verleumdung eines Polizeibieners zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Frankfurt, 3. Sept. Infolge der heute mittag gepflogenen Verhandlungen ist der Protokoll der Bierbraueren Jung und Eßhagen aufgehoben; die Differenzen mit den Bierbrauern sind beigelegt.

Graz, 5. Sept. Nebel wird hier eintreffen und in mehreren Verjüngungen gegen die Unabhängigen sprechen.

Von der Cholera.

— In Leipzig starb ein aus Hamburg dorthin zurückgekehrter Choleraerkrankter an der asiatischen Cholera.

Son Harze, 4. September. Aus dem Harze ist jetzt der erste Cholerafall zu melden. Nach amtlicher Mitteilung starb in Bellerfeld ein aus Hamburg zurückgekehrter Bergmann an asiatischer Cholera. Einzige bis jetzt aus anderen Gegenden gemeldete verdächtige Erkrankungen haben sich als Brechruhrfälle herausgestellt.

Berlin, 4. September. Der Magistrat macht durch Winkler bekannt, daß wegen der Choleraepidemie die häuslichen Bade- und Schwimmanstalten von ... ergen ab geschlossen werden.

Berlin, 2. September. Als die Cholera zum erstenmal Europa erreichte, im Jahre 1817, drang sie nach bis Berlin vor. Seitdem hat sie in unterer Stadt folgende Sterbefälle verursacht:

1831	1423	1855	1585
1832 bis 33	412	1856	5477
März 1833	1	1867	11
1837	2338	1868	2
1848	1598	1869	3
1849	3552	1870	1

„Ist's etwa anders?“ fragte der Professor erfaunt. „Sehr, ja; es geht mir gegenwärtig ziemlich schlecht, Herr Professor. Herr Pfeil wird alle Tage später und hat mich erst heute tödlich verwundet.“

„Herr Pfeil?“ Das ist nun doch nicht so, wie Sie es sagen; denn im allgemeinen sind alle diese Artikel voll des Lobes für Sie, und selten bemerkt man in einen kleinen Zettel, der das Lob erst direkt hervortreten läßt. Ich würde sonst, als Ihr Freund, schon längst eingeschritten sein.“

„Das hatte ich mir auch immer vorgesagt, aber jetzt zweifle ich an Ihrer Freundschaft.“

„Es, das wäre!“

„Ja, Professorchen, das ist so; denn wenn Sie mir wirklich recht gewesen wären, würden Sie es auch empfinden, daß gerade diese Redeweise mich nach und nach mach.“

„Sie tomanchen?“ Das ist ja garnicht möglich, denn die Bauerinnen sterben nicht.“

„Spähen Sie nur zu, wenn Sie kein Mittel für mich empfinden können. Aber ich weiß, wie das Publikum ist; das gewöhnliche Lob heißt es teilnahmslos hin und hat es schnell vergessen, aber die kleinen gelegentlichen Stücke machen ihm Spaß, die merkt es sich. Und die kleinen Stücke bringt der Pfeil immer da an, wo ich originell werde.“

„Nicht möglich!“

„Ja, er nennt sie „Extravaganzen“; ich bitte Sie: „Extravaganzen“, wenn man einmal etwas mehr als das Gewöhnliche thut. Neulich hat er mir eine höchst wirksame Mancee lächerlich gemacht, die ich selber erstanden habe und auf deren Erfindung ich stolz bin. Denken Sie nur, und das Publikum hatte sie höchst befallig aufgenommen!“

„Was war denn das für eine Mancee?“

„Ach, sehen Sie, ich habe da in der „Miranolina“ mit einem lächerlichen Liebhaber zu thun, der mich immer bittet,

ich soll ihm nur die äußersten Spitzen meiner Finger lassen lassen. Ich habe ihm zu sagen, das ist ein solcher Kleinigkeit die Handhabe nicht auszuhe, habe die Hand unweitiger, so daß er die Handwurzel fassen kann. Da kam mir der geistliche Einfall, ihm statt dessen die Spitze des Ellenbogens zum Rücken darzubieten. War das nicht ganz geschickt?“

„Dane Zweifel, und nun ...“

„Und nun kommt der Pfeil darüber hergeschossen und meint, dieser Scherz sei ohne Spitze (ohne Pointe) gewesen, womit er auf meine runden, ihm vielleicht zu dicken Arme anspielte. Was geschieht?“ Meine sämtlichen Kollegen stimmen in den Witz ein, und ich bin im Handumdrehen lächerlich gemacht. Professorchen, können Sie nicht den Pfeil fortbringen?“

„Den Pfeil? Unmöglich!“ rief der Professor, indem er seine Hände dem jämlich Drücken der Dame zu entziehen versuchte; „wo sollen wir gleich einen so brillanten Feuilletonisten wieder herbestimmen?“

„Ich, ich weiß einen recht talentvollen jungen Mann, der sich vortrefflich hierzu eignen würde.“

„Wirklich? Auch daran haben Sie schon gedacht? Sie sind eine Laubentwässerin! Aber die Sache geht mich persönlich nichts an; ich habe mit dem Feuilleton nichts zu thun. Die Veränderung des Redaktionspersonals ist Sache des Eigentümers.“

„Ich weiß, ich weiß; aber ich mag mit einem „Lappys“ wie der Wehrhahn ich, nichts zu thun haben; er macht einem in solch albern lächerlicher Weise den Hof. Professorchen, thun Sie mit den Gefallen, suchen Sie die Sache einzurichten. Ja? wollen Sie? Sie wissen, ich bin eine treue und anhängliche Seele!“ (Fortsetzung folgt.)

